

Die Hauptamtlichen

Teil 5: Die oberen Zehntausend der Stasi (Schluß)

Das waren sie, die oberen Zehntausend der Stasi. Zweifel sind angebracht, ob es richtig ist, die Veröffentlichung der Gehaltsliste hier abubrechen. Doch eine Denkpause ist wohl nötig – und die Möglichkeit für andere ehemalige Mitarbeiter, sich selbst zu äußern. Aufarbeitung ist Sache **aller** Beteiligten. Noch einmal anderthalb Jahre Schweigen und Verschweigen sind nicht mehr möglich.

Wichtig ist uns, weiterhin Strukturen und Arbeitsweise der Staatssicherheit offenzulegen. Der **Dienstheitenschlüssel**, bereits in Nr. 12 „der anderen“ abgedruckt, wird in einer der nächsten Ausgaben – zusammen mit Erläuterungen zu den einzelnen Abteilungen – **nochmals erscheinen**.

Die Veröffentlichung der Liste hat viele zu Reaktionen provoziert. Die abgedruckten Leserbriefe lassen ahnen, wie es in der Redaktion zugeht. Besucher geben sich die Klinke in die Hand, die Telefone klingeln ohne Pause. Nicht aufgeklärte Morde, Geschichten jahrelanger Drangsalierung und Verfolgung, Diebstähle, vernichtete Existenzen – die Opfer kommen in der **Hoffnung**, bei uns endlich **Unterstützung** zu finden. Sie wissen nicht, wohin sie sich jetzt noch wenden könnten. Viele sind die offiziellen Stellen seit über einem Jahr abgelaufen – erfolglos.

Aber auch frühere Mitarbeiter der Staatssicherheit kommen zu uns. Und nicht nur diejenigen, die gegen den Listenabdruck protestieren.

Unsere Redaktionszimmer sind zu einer Anlaufstelle geworden. Viele solcher Orte werden gebraucht. Die Räume der Bürgerbewegung, die Häuser der Demokratie sind der richtige Platz dafür.

Wir haben Recherchen begonnen. Sie werden lesen, was wir herausfinden.

Die Redaktion

Offener Brief an Joachim Gauck von Katja Havemann und Bärbel Bohley

Lieber Jochen Gauck,

als wir uns im September vergangenen Jahres in der Normannenstraße eingeklinkt hatten, um die Interessen der von der Stasi bearbeiteten Menschen eindringlich einzuklagen, haben auch Sie uns mehrmals aufgesucht. Damals waren Sie verärgert und wollten uns beschwichtigen. Sie vertrösteten uns auf die baldige Einrichtung Ihrer Behörde, der Sie nun schon längere Zeit vorstehen. Sie waren gegen die Besetzung der Normannenstraße und gegen unsere Aktion in der Volkskammer. Sie glaubten, daß beides Ihre Wahl zum Leiter der Behörde zur Aufarbeitung der Staatssicherheit gefährden würde. Die Garantie für eine wirkliche Aufarbeitung des Stasiproblems knüpften Sie an Ihren Namen. Schon damals haben wir Sie gewarnt, daß Sie allein zu einem Spielball bundesdeutscher Politiker und Verfassungsschützer werden könnten. Unsere Warnung war: entweder fliegen Sie aus dem Amt oder Sie ordnen sich unter. Als Mann der Bürgerbewegung hatten Ihre Wähler großes Vertrauen in Sie gesetzt. Sie haben es verantwortlich übernommen, die endgültige Auflösung der Stasi und den Umgang mit ihrer Hinterlassenschaft zu bewerkstelligen. Diese Aufgabe wollten Sie im Sinne der Gewaltlosigkeit, aber auch im Sinne der Offenlegung und der historischen Wahrheit über die Zusammenhänge zwischen der Staatssicherheit, dem übrigen Machtapparat und ihren gemeinsamen Opfern erfüllen. Unser gemeinsames Ziel war es, den Opfern ihre Würde wiederzugeben, sie so schnell wie möglich zu rehabilitieren und eine Wiederholung der Arbeit der Staatssicherheit zu verhindern.

Wir bezweifeln inzwischen, daß Sie und Ihre Behörde diesem Anspruch gerecht geworden sind und ihm in Zukunft gerecht werden. Ein Gesetz zum Umgang mit den Akten steht ins Haus, und die Frage ist: Wie kann es

überhaupt wirksam werden, wenn die Gerichte in der ehemaligen DDR noch lange nicht funktionieren und wenn Ihre Behörde weiterhin so zögernd, bürokratisch und undurchsichtig aufgebaut wird wie bisher. Sie haben zwar auf Wahrheit pochende Historiker entlassen, aber sehen es andererseits nur schwer ein, daß die Opfer der Stasi ihre Akten brauchen, um vergangenes Unrecht anzugehen und die eigene Biographie zu verstehen und zu verarbeiten. Daß es uns nicht um Rache geht, dürfte wohl mittlerweile dem letzten Zweifler klar sein.

Herr Gauck, Sie sind der einzige, der weiß, welcher Abgeordnete heute in Bonn ehemals Mitarbeiter der Staatssicherheit war. Sie wissen, wer von der Staatssicherheit mit den Einigungsvertrag ausgehandelt hat. Sie könnten die Seilschaften in der Treuhänder aufklären. Wir fragen uns aber heute, was Sie eigentlich wollen. Warum verschweigen Sie den Modrow-Befehl von 1989, der Ihnen seit längerem bekannt ist. Und damit wissen Sie auch, welche IMs man für einen weiteren Einsatz schützen wollte, indem gerade ihre Akten vernichtet werden sollten.

Und die Kirche? Ist es Ihnen als ehemaliger Pfarrer wirklich gleichgültig, welche Kollegen ihr Wissen an die Staatssicherheit weitergegeben haben? Zu diesem Wissen sind die Pfarrer nur gekommen, weil sich Menschen in einer Zwangslage mit ihren Sorgen an sie wendeten. Sie haben sich als Helfer in der Not ausgegeben und handelten doch nur wie Judas.

Der Rechtsstaat ist nicht zum Verschweigen da. Und die Demokratie nicht zum Schummeln und Belügen. Wir wollen ein mitmenschliches Verhältnis zur Wahrheit, d.h. wir wollen die ganze Wahrheit und einander helfen, die Wahrheit auszuhalten. Ohne Gewalt und ohne Lüge. Auch die Lüge aus Mitleid und das Verschweigen aus Gehorsam töten die Wahrheit.

Was wollen Sie? Ist es am Ende der

reine Eigennutz, daß Sie die Namen der Staatssicherheitsmitarbeiter, die einfach in den neuen Rechtsstaat übernommen wurden, bzw. die sich wieder in die Politik gemogelt haben, verschweigen?

Sie haben die moralische Pflicht, für dieses Wissen die nötige Öffentlichkeit zu schaffen, denn sonst hätte wirklich ein bundesdeutscher Verfassungsschützer Ihr Amt übernehmen können. Oder haben Sie vergessen, daß ein Unrechtsstaat nur funktioniert, wenn das Recht im Geheimen gebrochen werden kann, weil es keine Öffentlichkeit gibt? Die Moral eines Volkes wird nicht gestärkt, wenn man ihm verheimlicht, daß ein Teil seiner gewählten Abgeordneten Mitarbeiter der Staatssicherheit waren. Im Gegenteil, es verliert jedes Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit.

Nun, da es immer deutlicher wird, daß es verhältnismäßig wenige im neuen Deutschland sind, die ein tiefes Interesse an der historischen und persönlichen Wahrheit haben, denen aber eine starke Kraft gegenübersteht, die das Prinzip der Verschleierung favorisiert, werden wir entschlossen handeln müssen. Wir werden nicht locker lassen!

Stehen Sie noch auf unserer Seite? Trotz aller Staatsraison und Loyalität der Diener des Staates dringt immer wieder die Wahrheit ans Licht. Die Fakten sind bitter, ob sie die westdeutsche oder die ostdeutsche Geschichte betreffen, ob es sich um Sicherheitsdienste, Waffenexporte oder Finanzskandale handelt. Auch die Gegenwart braucht Menschen mit Zivilcourage, denn sich blind auf die Rechtsprechung verlassen bedeutet, sich aus dem Kampf um Gerechtigkeit heraushalten. Dies aber würde dem Geist der Bürgerbewegung widersprechen. Wir erwarten ein klares, offenes Wort von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Havemann
Bärbel Bohley

Inhalt

- II **Post an uns**
- III **Zu große Ergebenheit**
von Irena Kukutz
- IV **Ihre Namen**
- XVI **IM Rose: In eigener Sache**
Splitter, in diesen Tagen
von Jürgen Fuchs



Foto: Siegbert Schefke

Zum Grunde des Sumpfes

Fünf Wochen haben wir gebraucht, um die oberen Zehntausend des ehemaligen MfS zu veröffentlichen. Bisher haben wir an die zweihundert Briefe bekommen, etwa zur Hälfte von jeder Seite: die Betroffenen und die Zuschauer auf der einen Seite und ehemalige Mitarbeiter - nachdenkliche und unbedenkliche - andererseits schrieben uns. Doch mehr als die Hälfte der Zuschriften sprach sich für die Veröffentlichung aus. Aus jeder Richtung des Denkens kamen anonyme Briefe. Also gibt es auch Angst in alle Richtungen.

Eine Frau schrieb, die ehemaligen Mitarbeiter, die gegen die Publikation sprechen, seien von ihrer Unschuld überzeugt. Sind sie nicht vielmehr von ihrer Schuld überzeugt? Noch einmal: Eine Veröffentlichung ist eine Veröffentlichung, die Wucht der „Anprangerung“ entspringt der Wirklichkeit unserer Beziehungen, nicht der Zeitung. „Welchen Platz dürfen wir als ehemalige Mitarbeiter denn nach Eurer Meinung überhaupt noch einnehmen?“ Jeden, natürlich, an dem Ihr und wir offen miteinander umgehen können. Entsteht das Mißtrauen durch sich selbst oder durchs Geheimnis? Ihr Spezialisten des Staates und des Geheimnisses, Ihr wißt doch, wie man das Mißtrauen gegenseitig schüren und riesengroß aufbauen konnte. Also muß es wieder abgebaut werden - durch uns selbst.

„Wie kommt Ihr dazu, den moralischen Richter zu spielen, wie Gott zu entscheiden? Ist es nicht dieselbe Anmaßung, mit der zuvor geurteilt wurde?“ Aber was für eine Anmaßung liegt darin, die hohe Arbeitslosigkeit bei uns zu sehen und zu sagen: sie kommt auch daher, weil Ihr die DDR zu Tode „geschützt“

habt und wir wollen nicht noch einmal an dem Mißtrauen ersticken, daß Ihr jetzt Euch schützt? Alle brauchen Arbeit, Eure Arbeitsplätze sind nicht wichtiger als die der anderen zwei Millionen. Aber die gegenseitige Offenheit ist wichtiger als Euer Geheimnis. Die pauschale Empfindung einer Anmaßung kommt eher aus der Unterwürfigkeit unter die staatlichen Regeln des Lebens. Oder vielleicht sollte man verbindlicher sagen: aus der Sprachlosigkeit, daraus, tägliche Freiheit und Gegenseitigkeit nicht gewohnt zu sein.

„Die Kinder ehemaliger Mitarbeiter werden in der Schule drangsalieren.“ - Allerdings, damit sind wir beim Unrecht auf der anderen Seite angekommen! Sind es nicht eher die Zuschauer von gestern und heute, von denen das ausgeht? In der Bürgerbewegung ist eine solche Reaktion der Sippenhaftung ein unvorstellbarer Vorgang. Jeder von uns fühlt sich verpflichtet, solchen Reaktionen entgegenzutreten.

Ja, es gibt Fehlreaktionen auf beiden Seiten. Ja, es gibt Kleinheit, Doppelbödigkeit und Spitzel auf allen Seiten. Ja, wir sind von dem Sumpf nicht unberührt, in dem wir lebten. Eben deshalb müssen wir auf seinen Grund kommen. Er wird trockengelegt mit jedem Schritt Öffentlichkeit, mit jedem Stückchen Sprachfindung, mit jedem Millimeter neuer Gegenseitigkeit.

Wann wird die elende Aufarbeitung in eine neue Freiheit und Leichtigkeit umschlagen? Fragt doch nicht vorher. Daß die Bürgerbewegung damit begonnen hat, heißt nur, daß wir es aus eigener Kraft heraus schaffen wollen.

Klaus Wolfram